

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 EUR

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

April / Mai 2020

Nicht vor den rechten Karren spannen lassen!

„Fridays gegen Altersarmut“ ist KEINE soziale Bewegung!“

Armut allgemein, Kinder- und Altersarmut im Besonderen sind heute wieder ein zentrales Problem in unserem Land. Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte hat die Reichen reicher, aber sehr viele Menschen ärmer gemacht. Das Absinken des Rentenniveaus, die Agenda 2010, die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, millionenfache Leiharbeitsverhältnisse, Befristungen und Minijobs – das alles ist der Boden, auf dem die Armut gewachsen ist.

Diese Entwicklungen müssen beseitigt werden. Nötig ist außerdem eine große Rentenreform, nach der alle in eine Kasse einzahlen und das Rentenniveau wieder aufgesetzt wird. Davon sind wir weit entfernt.

Gerade in Bremerhaven haben wir durch Strukturveränderungen und die schon genannten Probleme seit vielen Jahren Erfahrungen mit dem Thema Armut sammeln müssen. Und es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Beratungs- und Anlaufstellen für Betroffene, so zum Beispiel die Solidarische Hilfe, den Sozialverband, Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen usw.

Ich teile wie wohl alle hier die Sorgen der Betroffenen! Die Angst vieler Menschen vor Verelendung im Alter ist – wie alle Statistiken zeigen – vollkommen berechtigt.

Trotzdem haben wir, die wir hier zusammenstehen, uns NICHT den Mahnwachen von Fridays gegen Altersarmut angeschlossen. Denn wir haben Bedenken. Schon im Juli 2019 hatten rechtsextreme Blogs dazu aufgerufen, das Thema Altersarmut von rechts zu besetzen und auszunutzen. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass die Facebook-Gruppen "Fridays gegen Altersarmut" augenscheinlich von Menschen mit rechtem Hintergrund geleitet werden. Hinter den Admins dieser Gruppen und ihren Mahnwachen stecken Deutsche Mitte, AfD, NPD, DIE RECHTE u.a. mehr.

Die Bremerhavener Mahnwache wurde von Jana Pape angemeldet, die auf ihrer Facebook-Seite für die rechtspopulistische und an Reichsbürger-Positionen erinnernde

Klein-Partei "Deutsche Mitte" wirbt. Die Nazi-Partei DIE RECHTE gibt ihren Mitgliedern genaue Handlungsanweisungen,

in Bremerhaven sei doch gar nichts mit rechts und so!

Ich habe mir die Facebook Seite der Mahnwachen-Anmelderin angeschaut (bevor sie die Einstellungen ihrer Seite gestern verändert hat, so dass die Beiträge nicht mehr öffentlich sichtbar sind).

Auf dieser Facebook-Seite wurde per Titelbild die Partei Deutsche Mitte beworben (bereits 2017 bis gestern)

Es wurden außerdem eine Reihe rechtspopulistischer Beiträge geteilt:

- z.B. weil uns andere Länder bei einer Flutkatastrophe angeblich alleine gelassen hätten, wird geschlossen: Hilfgelder in Zukunft nicht für andere Länder geben, sondern in Deutschland bunkern

- allgemeines Politikerbashing (gibt ihnen den Mindestlohn (...)) und Merkel-Bashing (sind wir sie nächstes Jahr endlich los? (...))

- Gejammer über GEZ, öffentlich-rechtliche Medien abschaffen

- Foto-Karikatur von Putin und Merkel „Millionen wollen wegen dir nach Deutschland, wär es nicht einfacher dich zu ihnen zu bringen?“ (die ablehnende und herablassende Haltung gegenüber geflüchteten Menschen spricht für sich)

- Ein angeblicher Mitarbeiter einer Arbeitsagentur ereifert sich über: „Massive Verdrängung von deutschen Arbeitskräften durch Bewerber aus dem Ausland. Nur noch Scheinselbständige aus Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn. Jeden Tag irgendwelche „nicht Deutsche“, die Leistungen beantragen.“

Auf der von Frau Pape beworbenen Seite der Deutschen Mitte Niedersachsen finden sich solche Aussagen:

- „Deutschland und Europa befinden sich in der Umklammerung links-grüner Ideologen (...) Der Weg führt unweigerlich in den Abgrund“ (Christian Horst 28.02.2018)

- Über den psychisch kranken Mann aus Eritrea, der ein Kind vor einen Zug gestoßen hat, (...) kommt die Deutsche Mitte zu sinngemäß folgenden Schlussfolgerungen: Man muss mit solchen Taten rechnen, weil stark pigmentierte Menschen in Europa ...



Hanne Beutel (rechts) bringt es auf den Punkt

wie ihre Leute bei den Mahnwachen vorzugehen haben. Erwünscht sind ein harmloses Auftreten und das gleichzeitige Nutzen der Aktionen für Austausch, Vernetzung und Widerstand. Außerdem sollen Videofilme und Gedächtnisprotokolle erstellt werden.

AfD-Politiker Meuthen feiert die Mahnwachen, weil "die Alten" endlich "aufstehen".

Das ist an Heuchelei nicht zu überbieten! Die AfD hat immer wieder bewiesen, dass sie eine antisoziale Partei ist. Ihre Feinde sind MigrantInnen, Muslime, Alleinerziehende und alle GegnerInnen der AfD. Ein wirkliches Rentenkonzept der Partei liegt auch nach sieben Jahren nicht vor. AfD-Politiker Höcke will Auszahlungen nur an Deutsche. Er nationalisiert und ethnisiert die soziale Frage, spaltet die Bevölkerung und wertet auch noch die Frauen ab. Mehr Rente gibt es bei ihm nur gegen mehr Kinder, wobei kinderlose Paare und Homosexuelle ausgegrenzt werden. Meuthen und Weidel wollen die gesetzliche Rente am liebsten zerschlagen und setzen weiterhin auf den privaten Markt. Sie standen niemals bei den "kleinen Leuten" oder den RentnerInnen, sondern muten ihnen auch noch zu, bis 70 oder 73 zu arbeiten.

Ich möchte noch auf den Vorwurf eingehen, wir hätten gar nicht richtig hingeschaut. Und

weiter geht es auf Seite 2

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg

Das schworen vor 75 Jahren die Häftlinge im KZ Buchenwald. Eine neue Welt des Friedens und der Freiheit sollte entstehen, der Nazismus mit seinen Wurzeln vernichtet werden. Die Wirklichkeit wurde ganz anders. Deutschland wurde im Kalten Krieg in zwei Staaten gespalten. Im aufkommenden Kalten Krieg waren die alten Kräfte in West Deutschland wieder gefragt. Schritt für Schritt wurden Antifaschisten aus dem öffentlichen Leben gedrängt. Als Vorsitzender des Parlamentarischen Rates gab Konrad Adenauer zwei im europäischen Ausland zu Tode verurteilten Generälen den Auftrag, Grundlagen für einen Verteidigungsbeitrag an der Seite der Westalliierten zu erstellen. Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte an der Ablehnung der französischen und britischen Bevölkerung. Zu deutlich noch stand ihnen der Krieg mit seinen ungeheuren Folgen vor Augen. In der frisch gegründeten Bundesrepublik wurde der Kurs auf eine Wiederaufrüstung mit Polizeigewalt und Justiz durchgesetzt. Dagegen wurden neun Millionen Unterschriften gesammelt, dann wurde die Volksabstimmung verboten. Verboten wurden zwölf Vereinigungen, weil sie eine mächtige Bewegung entfacht hatten, darunter die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands und der gesamtdeutsche Verband der Kleinsiedler und Kleingärtner. Berufsverbote trieben Antifaschisten aus den öffentlichen Ämtern, mit den Blitzgesetzen wurden sie 1951 im Schnellverfahren abgeurteilt. Höhepunkt war die Erschießung Philipp Müllers 1952, als eine Großdemonstration aufgelöst wurde, um die Ohne-mich-Bewegung zu brechen. Als die Bundesrepublik nach Scheitern der EVG auf die NATO-Mitgliedschaft hinsteuerte, wurde 1956 schließlich die KPD verboten.

75 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg steht die Bundeswehr in 14 Staaten der Erde in militärischen Einsätzen, schamhaft als humanitäre Mission gekleidet.

Waffen werden in Krisengebiete verkauft. In Kauf genommen wurde, dass sie von verbrecherischen Banden oder als befreundet bezeichneten Regierungen zum Einsatz in Bürgerkriegen verwendet werden. War noch im 2-plus-4-Vertrag davon die Rede, dass die NATO ihr Einflussgebiet nicht nach Osten erweitern sollte, so fielen die Staaten Ostmitteleuropas ihr bald wie reife Äpfel zu. Eine Neuaufteilung der beherrschten Interessengebiete ist in vollem Gange, die Auseinandersetzung um Sicherung der Rohstoffe, der Verkehrsknotenpunkte, der Stützpunkte entbrannt. In zahlreichen Stellvertreterkriegen wurden in den vergangenen zwanzig Jahren bereits Großversuche mit modernster Waffentechnik und Lenkungsweegen erprobt. Leidtragende waren jedes Mal die Menschen, in deren Ortschaften dieser Krieg hineingetragen wurde. Zahlreiche Länder wurden destabilisiert und der Aufteilung in Interessensphären preisgegeben. Internationale Abkommen zur Rüstungsbeschränkung wurden zerrissen, ein gigantisches Aufrüstungsprogramm verkündet. Dif-

ferenzen in der Ausgestaltung von Verträgen wurden plattgewalzt. Pläne, eine neue europäische Militärmacht aufzubauen und mit dem Zugriff auf Atomwaffen eine Umverteilung der Einflussphären erreichen zu können, heizen die Bedrohung weiter an. Nun soll modernstes Kriegsmaterial unmittelbar an die Grenzen Russlands gebracht und dort ausgetestet werden. Jetzt rollt das Kriegsmaterial durch das Land, Bremerhaven und Nordenham werden als Brückenkopf zur Anlandung schweren Kriegsgeräts genutzt. Carlstedt wird zum Lagerplatz, um eine zügige Verlegung großer Mengen an Material in kürzester Zeit zu testen. Militärtransporte erhalten Vorrang bei den Transportwegen, ob Schiene oder Straße. Dieses gigantische Manöver stellt eine Kampfansage dar gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Was wir dringend brauchen ist ein neuer Anlauf zu einem Rüstungskonversionsprogramm. Hier sind vor allen unsere Gewerkschaften gefordert, die Bremer Unternehmen und das Wirtschaftsressort.

Raimund Gaebelein

Jahresauftakt der VVN-BdA Bremen

Am 18. Januar trafen sich Mitglieder und Freunde der VVN im Nachbarschaftshaus Helene Kaisen zur Jahresauftakt Veranstaltung. Auf Grund der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Bundes-VVN kam es auch in Bremen zu einem rasanten Anstieg der Neumitglieder. Diesmal konnten wir sehr viel mehr Gäste als in den vergangenen Jahren begrüßen. Gleichzeitig verjüngt sich das Alter unserer Mitglieder doch ein wenig. Das liegt auch daran, dass die Ver.di-Jugend Bremen der VVN-BdA aus Solidarität beiträgt. Was durch das Verlesen einer Stellungnahme der Ver.di-Jugend bekräftigt wurde. Gleichzeitig konnten wir Sascha Aulepp, SPD-Landeschefin, Doris Achelwilm, Bundestagsabgeordnete für die Bremer Linke und Cornelia Barth, Landessprecherin der Linken im Lande Bremen als neue Mit-

glieder begrüßen. Raimund Gaebelein gab einen Einblick in die Arbeit der VVN-BdA in Bremen, um gleichzeitig die neuen Mitglieder über unsere Arbeit zu informieren. Ulrich Stuwe berichtete, was es Neues zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit aus Berlin gab. Dann genossen wir bei Kaffee, Tee und vielen selbstgebackenen Kuchen die musikalische Darbietung von Aline Barthélémy. Natürlich kamen auch persönliche Gespräche und Gedankenaustausch nicht zu kurz. Nachdem es in den letzten Jahren wegen des Alters doch immer weniger Beteiligung gab, war es eine Freude, dass es jetzt wieder mehr Menschen gibt, die unsere Arbeit unterstützen möchten. Es war eine sehr schöne und mutmachende Veranstaltung.

Marion Bonk

Nicht vor den rechten Karren

... nicht genug Sonne bekämen, was zu psychischen Erkrankungen führe und weil Menschen aus Afrika durch den Verlust der Heimat traumatisiert und dadurch psychisch krank werden, woraus wiederum klar wird, dass man sie gar nicht erst hierherholen soll.

Liebe Deutsche Mitte (...) auch wenn man diese rassistische Scheiße mit Goldlack besprüht, bleibt es trotzdem Scheiße!

• Besonders zu denken gibt mir ein Film auf der Facebook-Seite der Anmelderin, in dem ein Herr Hannig aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen kommentiert. Bei diesem Mann handelt es sich um den Verteidiger des wahrscheinlichen Mörders des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Und das ist nicht irgendein Anwalt, sondern ein Mitbegründer von Pegida

Dresden, der mit Lutz Bachmann befreundet ist und ihn in früheren Verfahren vertreten hat. Er ist auch derjenige, der die Männer in Arnstorf (Bürgerwehr) vertreten und rausgeboxt hat, die einen psychisch kranken Asylbewerber, der im Supermarkt wegen einer defekten Telefonkarte protestierte, mit Kabelbindern an einen Baum gefesselt hatten. Er arbeitete auch für eine Initiative, die den Bau eines Asylbewerberheims verhindern wollte.

Ich behaupte nicht, dass die Anmelderin der Mahnwache all diese Dinge weiß oder wirklich so denkt! Schließlich weiß man ja, dass viele Menschen Artikel und Filme auf Facebook teilen, ohne sie selbst wirklich gelesen zu haben. Aber es gibt mir zu denken.

Dies nur zu dem Hinweis, wir würden nicht genau hinschauen und andere Leute oder Einstellungen pauschal diffamieren.

Wir behaupten auch nicht, dass alle, die für „Fridays gegen Altersarmut“ stehen, Rechtsradikale sind!

Wir warnen aber ausdrücklich davor, den Hintermännern von "Fridays gegen Altersarmut" auf den Leim zu gehen!

Lassen Sie sich nicht vor den rechten Karren spannen! Dies ist KEINE soziale Bewegung, sondern eine perfide Werbekampagne von Rechts.

Bitte informieren Sie sich im Internet oder vor Ort über die Vorschläge demokratischer Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände und anderer Gruppen zur Bekämpfung der Altersarmut und bilden Sie sich Ihre eigene Meinung.

Hanne Beutel (Rede auf der Kundgebung am 24.01.2020)

Vernichtung der norddeutschen Sinti und Roma

Vom Schlachthof in den Tod

Am 08. März versammelten sich bei regnerischem Wetter ungefähr 50 Menschen, um an der Gedenkveranstaltung für die Sinti und Roma teilzunehmen, die vom Schlachthof aus in die Vernichtungslager deportiert wurden. Hermann Ernst stellte in seiner Einführungsrede auf die Schicksale der Sinti und Roma ab, die durch die nationalsozialistischen Maßnahmen aus ihrer Heimat Bremen und Umzu vertrieben und vielfach ermordet wurden. Bis zu 500.000 Sinti und Roma sind diesem Völkermord zum Opfer gefallen. Ulrike Pala, die Leiterin der Ortsämter Gröpelingen, Walle und Findorff, wies auch auf die rassistische Mordtat in Hanau hin, bei der drei Roma ermordet worden sind. Dies und die zunehmende Hetze gegen Sinti und Roma, aber auch gegen Juden, seien nicht hinnehmbar. Sie stellte auch die Absicht von Bürgermeister Bovenschulte vor, die Bremische Verfassung um einen Antifaschismus-Artikel zu ergänzen. Ähnlich wie es in Sachsen-Anhalt mit Zustimmung der CDU auch schon geschah.

Sofia Leonidakis (MdBB der Linken) nahm in ihrem Beitrag offen Bezug auf Dokumente der gegen Sinti und Roma gerichtete NS-Politik, die schließlich im Völkermord mündete. Diese Politik hat aber nicht 1933 begonnen und endete nicht 1945, wie Sofia

Ansatzpunkte für eine europäische Erinnerungskultur?

„Terra oblita“ (Das vergessene Land) – eine Onlineplattform für Erinnerungsorte an vergessene NS-Opfer entstand 2018/19 während des Projekts „Memory-Wiki – Auf den Spuren der Erinnerung an NS-Opfer in der Ukraine, Russland und Deutschland“. 20 Studierende der Universität Bremen, der Nationalen Universität „Oles Hontschar“ Dnipro (Ukraine), der Südföderalen Universität Rostow am Don (Russland) und der Higher School of Economics in Moskau recherchierten zu Erinnerungsorten an vergessene NS-Opfer in Zentral- und Osteuropa. Gefördert wurde das Projekt durch das Auswärtige Amt, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ (EVZ) (die Stiftung wurde im Jahr 2000 von Bundestag, Regierung, Wirtschaft u.a. gegründet, um Zahlungen an Zwangsarbeiter des NS-Regimes zu leisten) und die Stiftung „Erinnerung Lindau“. Durchgeführt wurde es vom Verein KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V., der sich um Kontakte zu früheren Kriegsgefangenen bzw.

durch ein sie empörendes Zitat des Bundesgerichtshofes aus den fünfziger Jahren belegte.



Gedenken an die Deportation März 1943 nach Auschwitz

Anschließend wurden die bekannten Namen von Deportierten Sinti und Roma aus Gröpelingen, Findorff, Bremerhaven und dem Landkreis Oldenburg verlesen. Der Bremer Sinti-Verein und die VVN-BdA legten Blumen nieder. Bei Kaffee und Kuchen kam es noch zu anregenden Gesprächen zwischen den TeilnehmerInnen.

Ulrich Stuwe

Wenige Überlebende des Holocaust und Porajmos

Vom 08. bis 10. März 1943 wurden 275 Sinti und Roma aus ganz Nordwestdeutschland

Terra Oblita

ihren Angehörigen in Ländern der ehemaligen Sowjetunion bemüht.

Auf der Plattform „Terra Oblita“ lassen sich anhand einer interaktiven Karte Erinnerungsorte von vergessenen NS-Opfern finden, d.h. Opfer, die in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle spielen, wie z.B. sowjetische Kriegsgefangene, Opfer der „Euthanasie“ u.a.. In vier Sprachen (russisch, ukrainisch, deutsch und englisch) kann man sich informieren oder auch selbst Beiträge hochladen.

(Wir) „möchten Brücken für ein Verständnis vielfältiger Erinnerungskulturen in Europa bauen und durch gemeinsame Projektarbeit zu einer (Wieder-)Annäherung der drei Länder auf der zivilgesellschaftlichen und vor allem der zwischenmenschlichen Ebene beitragen“ (aus der Projektbeschreibung). Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit dient hier als Klammer, um sich mit der Gegenwart auseinandersetzen und zusammenarbeiten zu können. Das Dokument einer Dozentin der Universität Bremen beleuchtet

im Bremer Schlachthof zusammengetrieben und nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Das dortige „Zigeunerlager“ haben nur wenige lebend verlassen. Die wenigen Überlebenden des Holocaust und Porajmos (Romanes für Verschlingung) berichten von unvorstellbaren Gräueltaten.

Auch in Bremen und Bremerhaven leben ihre Kinder und Enkel, die noch immer Diskriminierung und Beleidigungen erleben müssen. Beim heutigen Gedenken daran hatte ich die Ehre als Hauptrednerin auf die Sinti- und Roma-feindliche Vergangenheit in der NS-Zeit, davor und danach einzugehen und über die Gegenwart nicht zu schweigen, in der Faschisten wieder morden.

Drei Opfer in Hanau waren Roma. Die Vergangenheit darf nicht vergessen werden. Der Holocaust und Porajmos werden von Sinti und Roma oft als der vergessene Völkermord bezeichnet. Und bis heute ist er ungenügend aufgeklärt. Bis heute kennen wir nicht alle Namen der Opfer. Ein Großteil der Forschung über den Holocaust und Porajmos wurde von Sinti und Roma selbst erarbeitet.

Es ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, darüber zu sprechen, zu forschen und gegen den gegenwärtigen Rassismus gegen Sinti und Roma anzugehen.

Sofia Leonidakis

die dabei auftretenden Schwierigkeiten und Probleme – zeigt aber auch Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit. Das Projekt ist eines von sehr wenigen unter vielen von der EVZ geförderten Projekten, die eine derartige Aufgabenstellung verfolgen.

Am 20.08.2019 fand in Bremen die Abschlusspräsentation des Projekts statt. Gleichzeitig wurde die Plattform „Terra Oblita“ freigeschaltet. Am folgenden Tag fand eine Kundgebung der Projektteilnehmer auf dem Gelände eines ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenenlagers am Rande der Bremer Innenstadt statt – auf einer vergessenen Freifläche vor dem ehemaligen Amerikahaus. Für die beteiligten Studenten ist das Projekt damit erst einmal beendet, die Plattform soll für neue Beiträge offenbleiben und wird von den Studenten der Moskauer Universität weiter gepflegt.

<https://stiftung-evz.de>; <https://kontakte-kontaktbl.de>; <https://terraoblita.com/de>

Johann Witte

Gemeinnützigkeit der VVN-BdA muss bleiben

Solidaritätserklärung mit der VVN-BdA

Wir solidarisieren uns mit der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V.

Im letzten Jahr hat das Berliner Finanzamt für Körperschaften der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen. Die Entscheidung begründet die Behörde damit, dass die VVN-BdA vom bayerischen Verfassungsschutz als linksextrem geführt wird. Die ver.di-Jugend Bremen-Nordniedersachsen kritisiert diese Begründung scharf, fordert die Rücknahme des Beschlusses und erwartet, dass das Bremer Finanzamt von solchen Beschlüssen absieht.

Wenn das Erinnern an die Verbrechen der NationalsozialistInnen, das Informieren über faschistische Entwicklungen und der Einsatz für eine solidarische Gesellschaft nicht gemeinnützig sind, was ist dann gemeinnützig? Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA und die dadurch entstehenden steuerlichen Nachteile führen zu enormen finanziellen Problemen, welche die VVN-BdA in ihrer Existenz bedrohen.

Es braucht Vereine wie die VVN-BdA. Das zeigen der Einzug von FaschistInnen in Parlamente und die jüngsten antisemitischen Vorfälle. An Jom Kippur – dem höchsten jüdischen Feiertag – versuchte ein Attentäter JüdInnen in einer Synagoge in Halle zu ermorden, konnte jedoch nicht in das Gebäude eindringen und erschoss stattdessen eine Passantin und den Kunden eines Döner-Imbiss.

Antifaschismus ist gemeinnützig und ein wichtiger Bestandteil für ein solidarisches Zusammenleben angesichts des erneuten Erstarkens völkischer Parteien und Ideologien, der wachsenden Ignoranz gegenüber Rassismus in all seinen Ausprägungen und der Zunahme faschistischen Terrors.

Wir erinnern uns auch an die Rolle, die Gewerkschaften in den Anfängen des Nationalsozialismus gespielt haben. Die Anpassung und die Nichtbeteiligung am Generalstreik 1933 sind Fehler, die wir nicht wiederholen möchten. Als Gewerkschaft stellen wir uns explizit gegen die Entscheidung der Berliner Behörde. Denn wir erinnern auch, dass im Nationalsozialismus GewerkschafterInnen verhaftet, gefoltert und ermordet wurden. Das Finanzamt des Landes Berlin erhebt Sanktionen gegen das Erinnern an die Verbrechen des Naziterrors und gegen antifaschistisches Engagement. Als Zeichen der Solidarität und im Bewusstsein der Geschichte, tritt die Bremer ver.di Jugend in die VVN-BdA Bremen ein!

ver.di-Jugend Bremen-Nordniedersachsen

Protest öffentlich kommuniziert

Wir kritisieren die Entscheidung der Finanzbehörden, der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" die Gemeinnüt-

zigkeit abzuerkennen. Vor dem Hintergrund, dass die VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht als linksextrem eingestuft wird, hat das Finanzamt in Berlin der Organisation Anfang November die Gemeinnützigkeit entzogen. Der 1947 gegründete Verband bot Überlebenden der NS-Verfolgung früh eine Plattform, später wurde er auch Basis für die antifaschistische Arbeit der nächsten Generation. In Zeiten einer wiedererstarkenden radikalen Rechten in unserem Land empfinden wir den nun vollzogenen Schritt, der einer antifaschistischen Organisation die Arbeit nahezu unmöglich

macht, als absolut unverständlich.

Lest hier den offenen Brief, den Esther Bejarano, Shoah-Überlebende und Ehrenvorsitzende der VVN, an Bundesfinanzminister Olaf Scholz gerichtet hat.

Unterdessen hat sich auf der Plattform "OpenPetition" eine Initiative gegründet, die für die Wiedererlangung der Gemeinnützigkeit eintritt. Ihr könnt sie unter folgendem Link unterstützen:

<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>

Erinnern für die Zukunft e.V.

Neue Erkenntnisse durch Grabungen

Rund 35 Interessierte fanden sich am 25.02. im Focke-Museum ein, um sich mit aktuellen Erkenntnissen aus zeitchronologischen Grabungen der letzten beiden Jahre auseinanderzusetzen. Jan Werquet, kommissarischer Leiter des Museums, wies auf die Planungen für eine Ausstellung zu Bremen im Krieg 1941/42 hin, die im Herbst nächsten Jahres eröffnet werden soll. Zwangsarbeit war im Krieg auch in Bremen wesentlich, da der weitaus größte Teil der männlichen Bevölkerung als Soldat eingesetzt war und nur wenige ausländische Arbeiter bereit waren die deutsche Rüstungsproduktion zu unterstützen, vor allem nach der Kriegswende. Wenigstens 240 Lager für 70.000 Zwangsarbeiter sind bekannt. Nur geringe Spuren sind heute noch im Stadtbild präsent. Uta Halles Vortrag war darauf zugeschnitten die Kenntnis etwas zu verbessern. Zwangsarbeit in Bremen war sehr stark mit dem Einsatz in der Rüstungsindustrie verbunden, im Flugzeug-, Schiffs- und Automobilbau, in der Textilindustrie; aber auch verstärkt in der Trümmerbeseitigung. Die konkreten Be-

dingungen der Arbeit, Unterbringung und Verpflegung unterschieden sich erheblich nach Herkunftsland und Stellung im herrschenden rassistischen Weltbild. An zwei Beispielen zeigte die Landesarchäologin Erkenntnisse auf, bei denen Grabungen das Wissen um die konkreten Bedingungen nachhaltig veränderten. Wenig bekannt war noch vor Jahren das Lager Grönlandstraße. Die akribischen Nachforschungen von Peter Meiners und die Notgrabungen Uta Halles konnten es wieder in den Blick der Öffentlichkeit rücken. Auch am Schützenhof in Gröpelingen wurde der konkrete Standort der Oktober 1943 bombardierten Unterkunft ermittelt und die Lage der nachfolgenden Wohnbaracken. Eine Fülle von Gebrauchsgegenständen wurden identifiziert und zeitlich zugeordnet. Erschreckend blieb die Erkenntnis, dass der Einsatz von Zwangsarbeit sich in dem Ausmaß verstärkte, in dem die Fortsetzung des Krieges zunehmend aussichtslos wurde.

Wilhelm Henkel

Nicht bloß zusehen, sondern solidarisch handeln!

Die Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln ist für die Flüchtlinge katastrophal und lebensbedrohlich. Über 42.000 Menschen leben dort, teilweise schon seit mehreren Jahren, unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern. Diese sind für nicht mehr als 9.500 Menschen ausgestattet. Die Flüchtlinge sind Gewalt ausgesetzt und die medizinische Versorgung ist völlig unzureichend. Europäische Grundrechte werden außer Kraft gesetzt.

140 deutsche Städte und Kommunen haben sich bereit erklärt, Geflüchtete aus dem türkisch-griechischen Grenzgebiet, den griechischen Lagern und aus dem Mittelmeer Gerettete aufzunehmen. Nach einem einstimmigen Bürgerschaftsbeschluss vom 28.01.2020 erklärt die Bremische Bürgerschaft, dass die Freie Hansestadt Bremen bereit ist, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen. Die Stadt Bremerhaven schweigt bisher dazu, obwohl die katastrophalen Zustände

auch hier bekannt sind. Wir und mit uns viele Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen fordern die Stadverordnetenversammlung, den Oberbürgermeister und den Magistrat auf, unbegleiteten Minderjährigen Schutz zu gewähren und sich offen zur Einhaltung der Menschenrechte zu bekennen.

Bremerhaven ist ein sicherer Hafen, seine BürgerInnen treten für die Menschenrechte und Menschenwürde ein. Wir haben Platz!

Die für den 21.03.2020 geplante Kundgebung musste wegen des Corona-Virus leider ausfallen.

Aufgerufen hatten: Aktionsbündnis Bremerhaven bleibt bunt; Dialog-Verein für gleiche Rechte e.V.; Omas gegen rechts; Arbeitskreis Migration und Flüchtlinge; Verein Literatur und Politik e.V.; VVN-BdA; Kurdisch-deutscher Gemeinschaftsverein; Solidarische Hilfe; GEW Bremerhaven; Terre des Hommes

Lehren aus der Pariser Commune?

Kaum überdurchschnittlich besucht war die Gedenkveranstaltung 101 Jahre nach Niederschlagung der Räterepublik auf dem Waller Friedhof. Eingangs wurde auf die Zerstörung der ersten Grabanlage im Sommer 1933 und die Sanierung des erst 1972 geschaffenen neuen Denkmals hingewiesen. Musikalisch unterstützt wurde die Veranstaltung am 02.02.20 durch **Buchtstraßenchor** und **Rotes Krokodil**. Die Gedenkansprache hielt **Klaus Gietinger**.

Im Anschluss trafen sich gut 70 TeilnehmerInnen im Westend, um sich, moderiert durch **Ingo Schumann**, mit **Karl-Heinz Roth** und Klaus Gietinger über das Vermächtnis der Räterepublik auszutauschen. Bremen, Braunschweig und München waren nicht die einzigen Städte, in denen es eine Räterepublik gab. Alleine in Bayern hatten in einer ganzen Reihe von Städten Räte zeitweilig die Herrschaft übernommen. Klaus Gietinger wies auf die Rolle der Freikorps bei der militärischen Niederschlagung der Arbeiterbewegung hin, zog Parallelen zum Widerstand gegen den

Kapp-Putsch März 1920, bei dem eine ge-
einte Arbeiterbewegung unter großen Op-
fern den präfaschistischen Putsch im

trotz hervorragender politischer Köpfe wie
Anton Pannekoek, Johann Knief, Karl Radek
in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts.

Angesichts der Weigerung der Banken, nach Ausrufung der Räteherrschaft die fälligen Löhne an die öffentlichen Bediensteten auszuzahlen, war kein Bewusst- sein darüber vorhanden, dass das Überleben der Räterepublik zumindest für eine Zeit lang durch Besetzung der Banken hätte gesichert werden müssen.



Gespannt verfolgen Heiner Rosebrock und Monika Eichmann das Gespräch im Westend

Die Lehren der Pariser Commune waren nicht Allgemein- gut. Von der Rätebewegung blieb nur die Mitbestimmung in den Betrieben bei sozialen Fragen, Entlassungen, Arbeitszeit, gesetzlich verankert.

Ruhrgebiet und in Mittel- deutschland nie-
derschlagen konnte. Eine der Schwächen
der Räterepublik war die völlig unzurei-
chende Einbeziehung der Frauen, die in den
Kriegsjahren zuvor das Rückgrat der sozia-
len Bewegungen für Frieden und gegen
Hunger gebildet hatten. Ein zweites Pro-
blem war die unzulängliche Bildungsarbeit,

Karl-Heinz Roth verwies auf
die damit einhergehenden Sozialpartne-
rschaftsillusionen. Dazu kommt heute wieder
verstärkt Geschichtsrevision, Wissenschaft-
ler wie z.B. Christopher Clarke beschäftigen
sich mit dem Vermächtnis der Hohenzollern.

Wilhelm Henkel

Reparationsforderungen nicht nachgekommen

Es war eine gut besuchte MASCH-Veranstaltung am 24.10.2019 in der Villa Ichnon. Karlheinz Roth stellte die Ergebnisse seiner mehrjährigen Forschungsarbeiten zur deutschen Reparationsschuld in Polen und Griechenland vor. Im Januar und Februar stellte eine Fotoausstellung in der Villa Ichnon diese seit Jahrzehnten offene Frage am Beispiel Kretas bildlich dar. Die Reparationsfrage ist eine heiße Kartoffel der deutschen Außenpolitik, die nachdrücklich aus sämtlichen zwischenstaatlichen Vereinbarungen ausgeklammert wurde. Vertagt, verdrängt, zurückgewiesen, so bezeichnete es der Referent folgerichtig. Ausgangspunkt der deutschen Reparationsschuld war der erste Vernichtungskrieg, der Überfall auf Polen, der Beginn des Zweiten Weltkriegs. Erklärtes Ziel war die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und die Ausrottung der polnischen Intelligenz, die Umsiedlung der Bevölkerung, um sie der Vernichtung durch Arbeit an der Grenze Sibiriens zuzuführen. Das lässt sich zahlenmäßig nachvollziehen. 16,4% der Bevölkerung Polens kostete der Krieg das Leben, davon drei Millionen polnischen Juden. 2,4 Millionen Polen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, eine gleichgroße Zahl im besetzten Polen selbst versklavt. Es sollte nur die Blaupause für einen noch radikaleren Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion sein. Die Besatzungspolitik und die Ausplünderung Grie- chenlands lässt sich nicht

mit der Vorgehensweise und den Planungen gegenüber den slawischen Nationen vergleichen. Sie folgt eher militärischen Erwägungen und dem Kampf gegen den sich verstärkenden Widerstand. Was sich dabei ähnelt, ist die Taktik der verbrannten Erde beim Abzug der Wehrmacht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Reparationsfrage im aufkommenden Kalten Krieg ausgeklammert und vertagt. Leistungen der entstehenden Bundesrepublik hatten eher Symbolwert, sollten die Bindung gefügiger Staaten an den Westblock stützen helfen. Entschädigungsansprüche wurden staatlichen Organen zum Schadensausgleich übertragen, Pauschalabgeltungen für Wohlverhalten, wie am deutlichsten gegenüber Israel und der Jewish Claims Conference 1950/53. Zu keiner Zeit wurde ein Friedensvertrag geschlossen, Absprachen und Verträge wurden mit den vier Besatzungsmächten gehandelt, bis hin zum Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990. Die ehemals besetzten Länder blieben außen vor, die Reparationsfrage ausgeklammert und vertagt. Hilfsfonds wurden errichtet, die pauschalen Abgeltungen in Härtefällen über eigens geschaffene Stiftungen zahlten. Sammelklagen der vergangenen acht Jahre konnten nur in Gerichten der Länder eingebracht werden, die dies explizit zuließen, wie Italien und jetzt auch Polen. Dort ist auch ein Zugriffsrecht auf staatliches deutsches Eigentum in diesen Staaten möglich. Über die infrage kom-

mende Wertstellung der Reparationsforde-
rungen gibt es unterschiedliche Berech-
nungsansätze. Durch Vermeidung der Repa-
rationszahlungen konnte die Bonner Repu-
blik einen wirtschaftlichen Aufstieg in enger
Anbindung an die Westmächte bewerkstel-
ligen. Die Werte blieben erhalten und wur-
den darüber hinaus durch Aufbauprogramme
verstärkt. Die ehemals besetzten und aus-
geplünderte Staaten blieben ohne Entschä-
digung und somit die Abhängigkeit weiter
erhalten.

**Ausführlicher lässt sich Roths Studie nach-
lesen in Karl Heint Roth & Hartmut Rüb-
ner, Verdrängt, vertagt, zurückgewiesen,
Die deutsche Reparationsschuld am Bei-
spiel Polens und Griechenlands, Metropol
Verlag Berlin, 476 S. ISBN 978-3-86331-
487-3**

Wilhelm Henkel

Die AfD und das Virus

Corona oder CoVid-19 hat ja einen Vorteil. Selbst die VS-Beobachtung des Flügels reicht kaum, um die AfD in die Medien zu bringen. Hoffen wir, dass CoVid-19 nur sehr wenigen schadet und sich alle Welt dann wieder den wichtigen Themen widmet: Armutsbekämpfung, Umwelt und Solidarität!

JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung NEIN zu Kriegsmanövern in Europa

„Mit 37.000 Soldatinnen und Soldaten, aus 16 NATO-Staaten – davon 4.000 BundeswehrsoldatInnen – sowie aus Finnland und Georgien wird die Aufrüstung der Nato weiterbefördert. Die Großübung findet in Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Georgien entlang der russischen West- und Südgrenze statt. 20.000 US-Soldaten/-innen werden mit Panzern und anderen schweren Waffen über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Absicht ist eine militärische Machtdemonstration gegenüber Russland. Ziel: die schnelle Verlegung kampfstarker Großverbände Richtung Osten weiter zu optimieren.“ (aus dem Aufruf zur Demonstration)

Während vieles direkt nach Osteuropa verfrachtet wird, biegen auch einige Konvois Richtung Übungsplatz Bergen ab. Dort findet sozusagen eine Übung in der Übung statt. US-Armee mit Bundeswehr sowie dänischer und italienischer Armee planen dort ab Ende April für einen Monat Schießübungen. Es werden 9.500 sogenannte Versandstücke per Schiene nach Bergen gebracht, darunter 500 Kettenfahrzeuge wie Kampfpanzer und Haubitzen. Hinzu kommen 3.700 Soldaten.

Der Übungsplatz liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum ehemaligen KZ Bergen-

Belsen und zu den ehemaligen Kriegsgefangenenlagern, von denen drei speziell für sowjetische Kriegsgefangene waren. Mindestens 19.580 starben im Lager Bergen-Belsen. Sie ruhen in Massengräbern auf dem Friedhof Hörsten. Weitere 30.000 auf den Friedhöfen der Kriegsgefangenenlager Oerbke und Wietendorf.

Die Gefangenen wurden per Bahn zum Verladebahnhof Bergen gebracht und von dort ins Lager getrieben. Die Verladerampe wird



heute von der NATO als Zubringer für den Übungsplatz genutzt. Im Rahmen des Manövers Defender Europe 2020, das sich gegen Russland richtet, werden nun Material und Soldaten für die geplanten Schießübungen herantransportiert. Der 08. Mai 2020 ist der 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, an der die Rote Armee der Sowjetunion einen wesentlichen Anteil hatte und einen gewaltigen Blutzoll zahlte. Es ist unsäglich, dass ausgerechnet dann dieses Manöver stattfindet.

Deshalb wurde in verschiedenen Vorbereitungstreffen die Entscheidung für diese Friedensdemonstration getroffen.

Stand 19. März wird das Manöver herunter-

gefahren, jedoch nicht vollständig abgesagt. Wir rufen deshalb weiterhin zu dieser Demonstration auf. Ob die Friedensdemonstration am Samstag, 09. Mai 2020, am NATO-Truppenübungsplatz Bergen stattfinden oder wegen Corona untersagt werden wird, ist heute nicht klar. Es wird zeitnah entsprechende Informationen geben.

Geburtstage im April und Mai 2020

Gerd Meyer	07.04., 74 J.
Georg Gumpert jun.	11.04., 87 J.
Vital Craeninckx	11.04., 66 J.
Barbara Matuschewski	16.04., 77 J.
Günter Brüggesch	18.04., 68 J.
Jens Zimmerling	19.04., 66 J.
Annegret Gerns	26.04., 85 J.
Werner Scholz	02.05., 72 J.
Heiko Kuckero	13.05., 66 J.
Jürgen Wersebe	15.05., 71 J.
Otto-Klaus Hübötter	17.05., 90 J.
Peter Reichel	20.05., 83 J.
Oktaaf Duerinckx	22.05., 82 J.
Heinz Brüning	25.05., 89 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand



„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum – nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Montag: 15:00 – 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelin (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich am ersten Montag des Monats um 15:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich am dritten Montag des Monats um 18:00 Uhr

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats
V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelin

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- Einwanderer und Flüchtlinge
- Rassismus
- Neofaschismus
- Frieden/Antimilitarismus
- Erinnerungsarbeit

Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Ich möchte den „Bremer Antifaschist“ probeweise / regelmäßig beziehen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____